

EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Zum Denken und Fühlen ..

Alde-Fraktion fordert Führungsrolle der EU-Kommission

Mit Erstaunen lese ich, dass eine gemeinsame EntschlieÙung von EVP, S&D, ALDE und GRÜNE zum Arbeitsprogramm der Kommission für 2016 vom 16.9.15 die Kommission auffordert, eine stärkere Führungsrolle zu übernehmen. Sie solle ihr Initiativrecht voll ausschöpfen, um Themen wie Energie, Klima, digitale Gesellschaft, Arbeitslosigkeit und Migration weiter voranzubringen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+20150916+ITEMS+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Artikel 16 und 17 des Vertrags von Lissabon regeln die Zuständigkeiten aber anders! Artikel 16 besagt eindeutig, dass der Rat, also die demokratisch gewählten Regierungen, die Politik festlegen und nach Maßgabe der Verträge koordinieren. Die Kommission sorgt dagegen für die Anwendung der Verträge.

Urteilen Sie selbstverständlich selbst. Ich persönlich hoffe, dass unsere Abgeordneten hier nicht eine weitere . nicht gewählte . Regierung installieren wollen.

Europäisches Parlament

Draghi bereit für weitere Maßnahmen

Der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Draghi, stellte sich im Geld- und Währungspolitischen Dialog am 23.09.2015 den Fragen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (ECON). Er machte eingangs deutlich, dass die Eurozone langsamer wachse als angenommen und auch die Inflationsrate hinter den Anfang des Jahres prognostizierten Erwartungen zurückbliebe. Grund seien die Kombination aus einem rückläufigen Wachstum in den Schwellenländern, ein stärkerer Euro sowie anhaltend niedrige Öl- und Rohstoffpreise. Mit Bezug auf den Fünf-Präsidenten-Bericht warb Draghi für institutionelle Veränderungen, konkret der Bündelung politischer Kompetenzen beispielsweise in einem gemeinsamen Euro-Finanzministerium, um finanz- und wirtschaftspolitische Entscheidungen schneller und transparenter treffen zu können.

<http://www.europarl.europa.eu/news/en/news-room/content/20150921IPR94090/html/W-e-will-not-hesitate-to-act-if-inflation-outlook-weakens-Draghi-tells-MEPs>

Agrarkrise: 500-Mio.-Paket nicht ausreichend, sagt das Parlament

Das Hilfspaket von 500 Mio. EUR, das vergangene Woche vorgestellt wurde, ist nach den MdEP ein Schritt in die richtige Richtung. In einer Debatte am 15.09.2015 mit dem zuständigen Kommissar Phil Hogan unterstrichen sie jedoch, dass die Mittel an



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

gesichts der fallenden Preise nicht ausreichen könnten, um den Landwirten wieder auf die Beine zu helfen. Die Instrumente fürs Krisenmanagement sollten verbessert und die Position der Bauern in der Versorgungskette gestärkt werden, forderte das Parlament. Manche MdEP verlangten sogar, die Interventionspreise unverzüglich anzuheben. Einige MdEP machten die marktorientierte Politik für die aktuelle Krise verantwortlich und verlangten Instrumente zur Steuerung des Angebots, insbesondere im Milchsektor. Andere verlangten Struktur-reformen, mit welchen die Gemeinsame Agrarpolitik vereinfacht und die Wettbewerbsfähigkeit der EU-Landwirte auf den Weltmärkten gestärkt werden solle.

"EP = Parlament der Eurozone"?

Der Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON) befasste sich am 15.09.2015 mit der Umsetzung des Fünf-Präsidentenberichts. Im Namen der EVP-Fraktion kritisierte MdEP Markus Ferber (EVP/DEU), dass der Bericht eine Risikovergemeinschaftung und nicht eine Risikovermeidung zum Ziel habe. Konkret sei der Vorschlag einer gemeinschaftlichen Einlagensicherung, den Kommissionspräsident Juncker in seiner „Lage der Union“-Rede bis zum Jahresende angekündigt hat, deutlich verfrüht. Rat und EP hätten vielmehr vereinbart, eine Überprüfung der nationalen Einlagensicherungssysteme bis Mitte 2019 durchzuführen, so Ferber. Zudem müsse die im Zuge der Bankenunion verabschiedete Einlagensicherungsrichtlinie zunächst in allen Mitgliedstaaten umgesetzt werden. EU-Vizekommissionspräsident Valdis Dombro

vskis warb im Ausschuss für den Bericht, der nicht zuletzt unter Mitwirkung des Parlamentes entstanden sei. Laut Dombrovskis sollen bis Mitte 2017 die ersten Schritte bei der Umsetzung des Planes eingeleitet werden. Kommissar Pierre Moscovici warb für eine stärkere Einbindung des EP: „Das EP ist das Parlament der Eurozone“

<http://www.europarl.europa.eu/news/en/news-room/content/20150915IPR93239/html/This-is-the-Parliament-for-the-Eurozone-Mr-Moscovici-tells-MEPs>

Europäische Kommission

Asylrecht mangelhaft umgesetzt

Die Kommission hat am 23.09.2015 insgesamt 40 Beschlüsse in Vertragsverletzungsverfahren gegen 19 Mitgliedstaaten erlassen. Damit will die Behörde die vollständige Anwendung des EU-Rechts für Migration und Asyl gewährleisten. An DEU richtete die Kommission sog. Aufforderungsschreiben wegen Nichtmitteilung nationaler Maßnahmen zur Umsetzung der Asylverfahrensrichtlinie und der Richtlinie über Aufnahmebedingungen. Die Kommission hat außerdem u.a. an DEU Verwaltungsschreiben gesandt. In diesen Schreiben wird DEU zur Klarstellung hinsichtlich der Einhaltung der Eurodac-Verordnung 603/2013 zur Regelung des Abgleichs von Fingerabdruckdaten sowie zur Klarstellung im Hinblick auf die Anwendung der Rückführungsrichtlinie 2008/115/EG aufgefordert.



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

http://ec.europa.eu/dgs/home-affairs/what-we-do/policies/european-agenda-migration/proposal-implementation-package/docs/communication_on_managing_the_refugee_crisis_annex_7_en.pdf

Trilaterale Gespräche zum Assoziierungsabkommen EU-Ukraine

Am 7. September haben sich EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström, der ukrainische Außenminister Pawlo Klimkin und der russische Minister für Wirtschaftliche Entwicklung Alexei Ulyukayev für eine 4. Verhandlungsrunde über die Umsetzung des bereits beschlossenen Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine getroffen, das auch einen Freihandelsteil beinhaltet. Ziel der Gespräche war es, Bedenken Russlands über das provisorische Inkrafttreten des Abkommens zum 1. Januar 2016 zu diskutieren. Bis Oktober 2015 sollen nun Experten praktische Vorschläge ausarbeiten, wie die Bedenken Russlands adressiert werden können. Im November 2015 ist dann ein erneutes Treffen der beteiligten Partei-en geplant, um die Fortschritte zu diskutieren und einen erfolgreichen Abschluss der Gespräche bis Ende des Jahres zu ermöglichen.

Europäischer Rat

Noch schnellere Mobilisierung von EU-Mitteln für Griechenland

Am 16. September 2015 hat der Ausschuss der Ständigen Vertreter des Rates den Vor-

schlag der Europäischen Kommission befürwortet, Griechenland durch eine Aufstockung der Vor- und Ko-Finanzierung von EU-Programmen im Rahmen der Kohäsionspolitik zu unterstützen. Im Rahmen der von der Kommission vorgeschlagenen Verordnung soll schneller Liquidität aus den EU-Programmen zur Verfügung gestellt werden. insgesamt zwei Milliarden Euro - um damit schneller Investitionen zu mobilisieren. Zum einen werden in den Jahren 2015 und 2016 die Vorauszahlungen um sieben Prozent erhöht für den Finanzierungszeitraum 2014-2020. Damit werden zusätzlich eine Milliarde Euro verfügbar gemacht, um die Maßnahmen aus den EU-Programmen schneller umzusetzen. Betroffen sind der Europäische Sozialfonds, der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung, der Kohäsionsfonds und der Europäische Meeres- und Fischereifonds. Zudem wird es eine Erhöhung der maximalen EU-Kofinanzierungsrate auf 100 Prozent geben, um Mittel aus der Förderperiode 2007-2013, die Ende 2015 gestrichen werden würden, nicht verfallen zu lassen.



EUROPA

Freie
Demokraten
FDP Kreis Offenbach



Newsletter

Auswahl und Redaktion:



Dagmar Weiner

Europabeauftragte der FDP Kreis Offenbach

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg
E-Mail: d.weiner@fdp-kreis-of.de

Ausgabe 16/2015, 26. September 2015

